

## Neudruck

### Antrag

der FDP-Fraktion

der CDU-Fraktion

#### **Glücksspielwesen ordnen – für einen neuen Glücksspielstaatsvertrag**

##### **Der Landtag stellt fest:**

Am 8. September 2010 entschied der Europäische Gerichtshof, dass die das deutsche Glücksspielmonopol betreffenden Regelungen nicht weiter angewandt werden dürfen. Die politischen Entscheidungsträger insbesondere in den Länderparlamenten sind daher aufgefordert, zeitnah das Glücksspielwesen neu zu ordnen. Es ist unerlässlich, dass umgehend mit der Entwicklung eines neuen Regelwerkes für das deutsche Glücksspielwesen begonnen wird.

##### **Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, sich in den Verhandlungen über einen neuen Glücksspielstaatsvertrag dafür einzusetzen, dass**

1. das Lotterie-Veranstaltungsmonopol erhalten bleibt; die bestehenden Beschränkungen des Vertriebs der staatlich veranstalteten Lotterien durch die privaten Anbieter werden aufgehoben,
2. der Sportwettenmarkt reguliert wird; durch die Lizenzierung privater Anbieter wird der Schwarzmarkt verdrängt und die Marktkontrolle erheblich verbessert, so dass Wettmanipulationen besser als bisher bekämpft werden können,
3. die Verstaatlichung der gewerblichen Automatenwirtschaft und des Pferdewettenbereichs ausgeschlossen werden,
4. der Jugend- und Spielerschutz auf hohem Niveau erhalten bleibt,
5. eine konsistente Strategie zur Suchtprävention die europarechtswidrige Anwendung der bisherigen Regelung ablehnt,
6. ein festgelegter Anteil der Einnahmen aus Lotterien und Sportwetten für gemeinnützige Zwecke und insbesondere für die Förderung des Breitensports verwendet wird.

##### **Begründung:**

Durch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 8. September 2010 ist der deutsche Glücksspielstaatsvertrag gescheitert.

Um Spieler besonders im Sportwettenmarkt aus der Illegalität oder Teilillegalität zu holen und zugleich durch die Lizenzierung der Anbieter den Schwarzmarkt zurückzudrängen und die Marktkontrolle erheblich zu verbessern, ist es erforderlich den Sportwettenmarkt zu regulieren.

Eine Studie des Deutschen Instituts für Weltwirtschaft zeigt, dass die Einnahmen des Staates deutlich erhöht werden können, wenn es gelingt, einen Teil der gegenwärtig über das Internet im Ausland spielenden Personen an einen in Deutschland lizenzierten privaten Anbieter zu binden. Oddset ist das in den vergangenen Jahren nicht gelungen. Oddset kann lediglich etwa 3-4 % des Marktes erreichen, was im Umkehrschluss bedeutet, dass etwa 96-97 % der Spieler über das Internet im Ausland spielt.

Um auch für Brandenburg den Spielerschutz zu gewährleisten und gleichzeitig gegenwärtig im Ausland befindliches Kapital nach Deutschland zu holen, ist eine Liberalisierung des Glücksspielstaatsvertrags im Sinne eines dualen Systems zwingend erforderlich.

Andreas Büttner  
für die FDP-Fraktion

Dr. Saskia Ludwig  
für die CDU-Fraktion